Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/539

24. 06. 87

Sachgebiet 53

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
— Drucksachen 11/286, 11/307, 11/538 —

Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt den Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Achten Gesetzes zur Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes als Einstieg in die Sicherung arbeitsloser ehemaliger Zeitsoldaten gegen die finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit.

Er weist bei dieser Gelegenheit jedoch dringlich darauf hin, daß nicht nur Soldaten nach einer zeitweiligen Beschäftigung im Staatsdienst gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit versichert werden müssen, sondern auch Beamte auf Zeit und Beamte auf Widerruf (Lehrer, Juristen), die nach ihrer Ausbildung, für die Bund und Länder ein Monopol innehaben, nicht übernommen werden, und ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld auf Arbeitslosenhilfe und auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung eine Initiative, gemeinsam mit den Bundesländern eine gesetzliche Regelung vorzunehmen, die auch Beamtenanwärter im Falle der Arbeitslosigkeit absichert.

Bonn, den 24. Juni 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333